Montag, 3. November 1919
67. Jahrgang Nr. 521

Berliner
Volks-Zeitung

Montags-Ausgabe

Streikverbot in Amerika.

Amsterdam, 2. November.

Laut „Telegraaf" wird aus Washington berichtet, daß die Bundesregierung die Staaten der Union ersucht habe. Bergarbeiterausstände als ungesetzlich zu verbieten. Infolge des Verbotes haben in Indiana und Kentucky die Bergarbeiter bei verschiedenen Gesellschaften auf den Ausstand verzichtet; anscheinend beginnen sie, das Vertrauen in die Leitung zu verlieren. Wilson hat einen Kohlenhöchstpreis festgesetzt und den Kongreß ersucht, das Kohlenverteilungsgesetz für noch sechs Monate nach dem Krieg gültig zu erklären.

Louisville, 2. November. (Havas.)

Ein Bataillon erhielt Befehl, sich in den Bergwerksbezirk von Westvirginia und Indianapolis zu begeben. Eine abends erlassene Anordnung der Streikleitung gebietet den Bergarbeitergewerkschaften, mitternachts in den Ausstand zu treten.

Haag, 2. November.

„Nieuwe Courant" meldet aus Washington, infolge des Ausstandsverbotes der Regierung habe der Vizepräsident des amerikanischen Arbeiterverbandes, Wall, gesagt, das könne zu einem allgemeinen Vorgehen gegen die Regierung führen. In Regierungskreisen betont man, daß das Verbot nicht das Ausstandsrecht gefährde, sondern nur die Gewerkschaften davon hindere die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung in Kriegszeiten zu beeinträchtigen. Das Justizdepartement bereitet ein neues Gesetz vor, daß das Gesetz über die Kontrolle von Lebensmitteln und Brennstoffen für die Dauer von sechs Monaten nach Friedensschluß bestehen bleibe. In Indianapolis wurde auch verboten, die Ausständigen aus Gewerkschaftsgeldern zu bezahlen. Die Schiffahrt in den atlantischen Häfen ist ernstlich gefährdet.

Amsterdam, 2. November.

„Nieuws van den Dag" veröffentlicht eine Depesche aus Indianapolis, wonach gegen 44 Führer der Bergarbeiter Anklagen eingebracht wurden.

Amsterdam, 2. November. (T. U.)

Aus New-York wird gemeldet: Die Mehrzahl der Grubenarbeiter in den großen Zentren von Pennsylvanien, Westvirginien, Ohio, Illinois, Michigan, Iowa, Kentucky, Kolorado, Kansas, Montana und Washington hat die Arbeit niedergelegt. In den Verkehrszentren werden mit Rücksicht auf die zu Ausflucht stehenden Ereignisse die Truppen in Bereitschaft gehalten. Gompers hat erklärt daß nach seiner Meinung der Befehl der Regierung gegen die Ausständigen vorzugehen, nur noch mehr Erbitterung schaffe, so daß der Ausstand nicht auf die Bergwerke beschränkt bleiben werde.

Chicago, 2. November. (Havas.)

Die Gewerkschaftsführer bestätigen, daß die **Zahl der Streikenden Bergleute** in den Vereinigten Staaten **400 000 übersteigt.**

Der Kontrolloffizier bleibt.

Die Verwaltung der besetzten Gebiete nach der Ratifizierung.

Versailles, 2. November.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Petit Parisien" erklärte der Oberkommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Tirard, er sei nicht der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die gesamte Verwaltung des besetzten Gebietes in die Hände der deutschen Verwaltung übergehe. Solange die Behörden dieser Länder durch fremde Beamte geleitet würden, sei es unmöglich, daß Frankreich sich um diese Politik nicht kümmere, die einen ausgesprochenen preußischen Charakter trage, und die sicher alle Mittel anwenden werde, der Okkupation entgegenzuarbeiten und die Sicherheit der alliierten Armee in Gefahr zu bringen. (!) Der Friedensvertrag enthalte übrigens einen Paragraphen, der der französischen militärischen Autorität das Recht gebe, über ihre eigene Sicherheit zu wachen. Tirard wolle übrigens den Vertrag in einem Geist absoluter Loyalität, ja selbst in einem Geiste des Wohlwollens gegenüber den Bevölkerungen, von denen viele Frankreich freundlich gesinnt seien, ausführen. Die Mitwirkung der Offiziere sei ihm lieber als die von Zivilbeamten, auch die wirtschaftlichen Sektionen, die französische Offiziere gebildet hätten, sollen beibehalten werden. Diese Sektionen hätten schon den größten Dienst geleistet. Auch hier werde Tirard die militärische Mitarbeit nicht aufgeben, denn diese wirtschaftlichen Sektionen würden nach seinem Wunsche eine Art von Konsulaten werden, die frei von jeder Politik sich betätigen sollen. Die Offiziere würden die französischen nationalen Interessen auf Grund ihrer Sachkenntnis, verstärkt durch das Prestige des Soldaten, erfüllen können.

Der Fünferrat beschäftigte sich in der gestrigen Vormittagssitzung unter Clemenceaus Vorsitz wiederum mit Maßnahmen, um den Friedensvertrag von Versailles in Kraft zu setzen. In Anwesenheit Marschall Fochs ist beschlossen worden, durch eine **Note die deutsche Regierung aufzufordern,** in kürzester Frist **Vertreter nach Paris zu entsenden,** die gemeinsam mit denen der alliierten Mächte und des interalliierten Generalstabs die einzelnen Maßnahmen beraten sollen, die sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden müssen, laut „Temps" hauptsächlich wegen Räumung und Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Tätigkeit der interalliierten Kommissionen; auch soll die deutsche Regierung vor Inkrafttreten des Friedensvertrages **ein Protokoll unterzeichnen,** in dem sie erklärt, daß **die noch nicht völlig erfüllten Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden müßten.** Nach „Temps" ist es **unmöglich,** die Ratifizierungsurkunden am 11. November auszutauschen. (!)

Eine halbamtliche Note hebt hervor, daß die Einfuhr aus Deutschland von einer besonderen Ermächtigung durch das Ministerium für den wirtschaftlichen Wiederaufbau abhängig sei. Aus dem besetzten rheinischen Gebiet bedürfen nur Holz, Kalk, Zement, Eisen, Stahl, Backsteine und Ziegelsteine einer Einfuhrermächtigung. Außerdem seien Briefe und Telegramme gestattet und die Wiederaufnahme geschäftlicher Verbindungen mit dem Feind straffrei.

Wege- und Brückenbauten in Nordfrankreich.

Paris, 2. November.

Der Arbeitsminister Claveille beendete soeben eine Besichtigung in den verwüsteten Gebieten. Nach „Petit Parisien" stellte er fest, daß beträchtliche Anstrengungen für die Wiederinstandsetzung des Netzes der Nordbahn gemacht worden sind. Am 1. November 1919 sind die Linien in ihrem ganzen Umfange wiederhergestellt, auf allen Bahnhöfen ist der Dienst wiederaufgenommen und 40 Prozent der Arbeiten für Instandsetzung der Depots durchgeführt worden. Von 48 000 Kilometern zerstörter Straßen sind 12 000, von 3173 Brücken 1 wieder zu erbauenden Brücken sind seit Waffenstillstand 873 Holzbrücken und 1117 Eisenbrücken, davon 1120 sehr große, wiederhergestellt worden.

Karl, der Putschist. Der Wiener Korrespondent des „Avanti" spricht von einem angeblichen Doppelspiel des Ministerpräsidenten Friedrich, der von dem ehemaligen Kaiser Karl hundert Millionen erhalten haben soll, um einen Aufstand zur Wiedereinsetzung der Habsburger Monarchie zu entfachen.

Der Retter Petersburgs.

Kleine Fortschritte der Judenitsch-Offensive.

Es war von vornherein klar, daß der Mißerfolg der Armee Judenitsch zum Teil auf die baltischen Wirren in ihrem Rücken zurückzuführen war. General Awalaff-Bermondt hatte mit echt militaristischer Plumpheit seine gegen die Randstaaten gerichtete großrussische Politik bekannt und war dadurch mit den Randstaaten in Konflikt geraten. Durch diese blutigen Auseinandersetzungen im Baltikum mußten die Operationen gegen Petersburg nachteilig beeinflußt werden. Gäben die Bolschewisten Orden aus, so hätte der famose Herr Awalaff-Bermondt einen in erster Linie verdient. In welcher Weise seine törichte Politik den Rückschlag an der Front der Armee Judenitsch verschuldet hat, geht aus folgender Meldung hervor:

Amsterdam, 2. November.

„Times" melden aus Helsingfors vom 30. Oktober: Der Präsident der nordwestrussischen Regierung, Lianosow, erklärte in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Times", die Regierung von Estland sei durch das verräterische Auftreten von Bermondt gezwungen gewesen, einen Teil ihrer Truppen gegen Bermondt zu verwenden, was die Verproviantierung der nordrussischen Truppen erschwert habe. Durch diesen Zeitverlust seien die Bolschewisten imstande gewesen, neue Truppen nach vorn zu bringen. Die Eroberung Petersburgs sei dadurch verzögert worden. Die Zustände in Petersburg seien hoffnungslos. Die Bevölkerung sterbe buchstäblich vor Hunger. In Gatschina habe man Menschen gefunden, die in den letzten Tagen vor der Einnahme der Stadt von Gras gelebt hätten.

Helsingfors, 2. November.

An der Petersburger Front hat die Nordwestarmee westlich Krasnoje Selo kleine Fortschritte gemacht. Die estnische Armee besetzte die Bahnstation Marienhausen und machte 206 Gefangene. An der Karelischen Front nahm die Gefechtstätigkeit zu.

Gegen die Ablieferung der Milchkühe.

Eine englische Protestaktion.

Das Londoner „Famine Information Bureau" macht Mitteilung von einer Protestaktion hervorragender englischer Persönlichkeiten gegen die von der Entente geforderte Ablieferung von 140 000 Milchkühen aus Deutschland. Der Einspruch wird im Interesse des Lebens und der Gesundheit deutscher Kinder erhoben, und Ablösung der Ententeforderung durch eine Geldzahlung vorgeschlagen. Eine Denkschrift, unterzeichnet von vielen hervorragenden Vertretern des englischen öffentlichen Lebens ist der Kommission für Wiedergutmachung in Paris überreicht worden. Außerdem ist eine zweite ähnliche Denkschrift, unterzeichnet von hundert bedeutenden Persönlichkeiten aller Zweige des öffentlichen Lebens der Kommission für Wiedergutmachung überreicht worden.

Der Zustand Haases hat sich in den letzten 24 Stunden kaum verändert. Das Allgemeinbefinden ist nach wie vor unbefriedigend, das Fieber war gestern gegen Abend wieder gestiegen. Haases Frau und Sohn weilen beständig bei ihm, da die Möglichkeit eines baldigen Ablebens unverändert besteht. Haase ist bei großer Schwäche wechselnd apathisch und etwas lebhafter bei sehr geringem Appetit.

Wer in der Republik avanciert. Der aus der Zabernaffäre bekannte Generalmajor z. D., frühere Oberst v. Reuter, hat den Charakter als Generalleutnant erhalten. Offenbar heißt es jetzt nicht: „Freie Bahn dem Tüchtigen!", sondern: „Freie Bahn dem Schneidigen!"

Zeitungsstreik in Königsberg. Die Königsberger Tageszeitungen, mit Ausnahme der „Volkszeitung", geben bekannt, daß infolge Ausstandes der Buchdruckergehilfen die Zeitungen bis auf weiteres nicht erscheinen.

Der Wiedereintritt der Demokraten.

Eine programmatische Rede Schiffers. — Keine demokratische Revolutionsfeier.

Magdeburg, 2. November.

Reichsjustizminister Schiffer sprach heute in der Deutschen demokratischen Partei über den Friedensschluß, die neue Verfassung und die Stellung der Deutschen demokratischen Partei zu der Regierung. Zunächst wies er darauf hin, daß die sozialdemokratischen Parteien beider Richtungen sich dazu rüsten, den 9. November festlich zu begehen. Die Deutsche demokratische Partei sehr keinerlei Veranlassung, sich an einer Feier zu beteiligen. Bei der jetzigen Not bestehe kein Anlaß, Feste zu feiern. Der 9. November sei untrennbar mit dem unselligen Niederbruch im Innern und im Heere verbunden. Die tiefe Erschütterung, die Verwirrung im Reichsbewußtsein, das Unwohlsein des ganzen Seelenlebens hätte vermieden werden können, denn wir hätten bereits vorher die parlamentarische Regierungsform erreicht. **Die Revolution** sei nicht der Sieg einer Partei, sondern **ein grausiges anwachsender Zusammenbruch des alten Regimes** gewesen, das scheinbar so fest gewesen sei. Die Monarchien seien weggefegt worden wie von einem Windhauch. Wo waren die Triarier, die da sagten: Nur über unsere Leichen geht der Weg zu den Fürsten? Eine unglückliche Lähmung hatte das Bürgertum, hatte den Reichstag erfaßt. Wir können die Mitarbeit der Sozialdemokratie auf lange Zeit nicht entbehren. Feststellen aber ist, daß die Sozialdemokratie nichts hätte leisten können, wenn sich nicht deutsche Beamte und Offiziere zur Verfügung gestellt hätten. Das wird deren unvergänglicher Ruhmestitel bleiben. Die Sozialdemokraten verfügen aber noch nicht über die geeigneten Persönlichkeiten, um allein die Leitung des Reiches zu übernehmen. Für sie ist es als ein großes Glück zu betrachten, daß sie in der Nationalversammlung keine Mehrheit erhielten, denn dann hätte man von den Führern des Unmögliche verlangt, das jahrelang Versprochene sofort in die Tat umzusetzen.

Im Interesse des Vaterlandes traten wir in die Koalitionsregierung.

Wir waren uns klar, uns zu mancherlei Verzicht entschließen zu müssen. Wir mußten bis zu einem gewissen Grade unseren eigenen Willen zurückstellen und Selbstentsagung üben. Als dann die furchtbar schwere Entscheidung über die Unterzeichnung oder über die Nichtunterzeichnung des Friedens kam, traten wir aus der Regierung aus, weil wir nicht unterzeichnen konnten. Wir gestehen aber den Unterzeichnern den guten Glauben, wie uns zu. Dann wurde die Verfassung von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Deutschen Demokraten verabschiedet. Gesetzgeberisch betrachtet, ist die Verfassung ein Werk ersten Ranges. Sie verlangt die Weiterentwicklung in der Richtung auf den Einheitsstaat unter starker Zentralisation. Preußens Zerschlagung, während andere Staaten bleiben, lehnen wir ab. Wir fordern aber ein Aufgehen Preußens in der Gemeinsamkeit des Deutschen Reiches, wie das aller Einzelstaaten. Geschichtlich betrachtet bleibt die Schaffung der Verfassung in der politischen Entwicklung. Wir wollen Ruhe, Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten auf dem Boden der republikanischen Verfassung. Unabhängige und Deutschnationale lassen das Volk nicht zur Ruhe kommen und wollen es auch nicht. Wir stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung, werden uns aber gegen jede Beschimpfung der Monarchien.

Mit dem Abschluß der Verfassung standen wir vor der Frage des **Wiedereintritts in die Regierung,** zu dem wir uns nach langen und nicht einfachen Verhandlungen entschlossen. Der Bund der Verfassungstreuen ist die Regierung, fest und unentwegt sind wir entschlossen, zusammenzustehen, um die Verfassung gegen rechts und links zu schützen. Natürlich bestehen zwischen den drei Parteien Unterschiede in voller Stärke. Wir sind nicht bemüht, die Unterschiede zu verwischen, sondern darüber hinwegzukommen, um zusammen arbeiten zu können.

Es wurden

bei den Verhandlungen alle Fragen berührt, die von Wichtigkeit sind,

so die Möglichkeit der Einschränkung der Streiks, wie der Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Wer nicht arbeiten will, darf auch nicht unterstützt werden. Wir sprachen über die wilden Organisationen, die in Gestalt von Arbeiter- und Soldatenräten noch immer versuchen, lokale Nebenregierungen zu führen, und über vieles andere. Wir stellten so fest, daß wir ein Stück Weges zusammengehen konnten. Auch beim Betriebsrätegesetz ist das der Fall. Es besteht Aussicht, auch über dieses Gesetz zu einer Einigung zu gelangen.

Es ist bedauerlich, daß die Presse über die Rede des Reichskanzlers Bauer falsch berichtet hat dahin, er habe gesagt, daß das Gesetz im wesentlichen unverändert geblieben sei. Bauer habe vielmehr gesagt, er habe den Eindruck, daß man sich über dieses Gesetz einigen werde, der Grundcharakter aber gewahrt bleibe. Der große Sinn der Befreiung unseres Volkes ist der, daß jeder das Gefühl hat, nicht bloß dienendes Glied zu sein, sondern sich auch sagen kann: in mir verkörpert sich ein Teil des Staates. Ausschlaggebend für unser Wirtschaftsleben muß der Grundsatz der Erhaltung unseres Unternehmergeistes bleiben, der uns in der Welt groß gemacht hat. Auch in Arbeiterkreisen ist das Verständnis für die Notwendigkeit des Unternehmers vorhanden. Es handelt sich bei dem Betriebsrätegesetz um einen Neuaufbau, der, wenn falsch, zum Unheil ausfallen muß.

Schiffer wandte sich dann in scharfen Worten **gegen die Unabhängigen und die Deutschnationalen,** namentlich aber auch **die Deutsche Volkspartei.** Sie hätte den Traum nach der Einigung des deutschen Liberalismus zerstört. Die Deutschnationalen würden für die Monarchie nicht auf die Barrikaden gehen. Wir wollen aus der Verwirrung heraus, ein Rechtsstaat werden, wie wir es waren, mit lebendigem Empfinden für die Volksseele. Wir wollen die freie Betätigung wirtschaftlicher Kräfte mit sozialer Grundlage. Alle Kräfte müssen freigemacht werden. Das Letzte im Leben liegt nicht im Gelderwerb: das Volk muß auch Ideale haben. Wir wollen uns aus den Idealen der Vergangenheit neue Ideale zimmern. Deutschland braucht eine neue Kultur. Wir fühlen uns dazu berufen, an der Schaffung dieser Kultur mitzuarbeiten. In der Entfaltung wirtschaftlicher und ideaker Kräfte **muß uns das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit verbleiben;** das ist die notwendige Stütze in dem entsetzlichen Kampf, in dem wir leben. Wir sind Sieger in tausend Schlachten gewesen; wir haben es nicht nötig, den Kopf in den Sand zu stecken, die Augen niederzuschlagen. Mit den Worten des Großen Kurfürsten: **Gedenke, daß du ein Deut-**